

Bürgerräte in Überlingen?

Für viele Überlinger kam Anfang des Jahres die Ankündigung der Stadt überraschend:

„Die Stadt Überlingen möchte zukünftig die Bürgerbeteiligung mehr fördern.“ Ungewöhnlich war diese Stellungnahme der Stadt schon deswegen, weil die Bürger in den vergangenen Jahren immer wieder erlebt hatten, dass ihre Anliegen, Forderungen und konstruktiven Beiträge zu verschiedenen Projekten ignoriert oder übergangen wurden.

Kann sich das in Zukunft ändern?

Die Hoffnung besteht, denn seit Monaten kursieren in den Medien Berichte über verschiedene Formen der Bürgerbeteiligung. Der Favorit ist das Bürgerratsprinzip. Es hat seinen Ursprung in Amerika, wird aber seit einigen Jahren auch in Deutschland, Italien der Schweiz und Österreich praktiziert, um der Politikverdrossenheit in der Gesellschaft zu begegnen.

Aber was ist ein Bürgerrat?

Er besteht aus Bürgern, die nach dem Zufallsprinzip aus dem Melderegister ausgewählt und angeschrieben werden. Auf freiwilliger Basis beraten die Teilnehmer über ein politisches Thema oder ein Projekt. Angeleitet und unterstützt werden sie von erfahrenen Moderatoren, die neutral beraten. Die Bürger entwickeln in Kleingruppen Empfehlungen, meistens werden diese von unabhängigen Experten auf ihre Machbarkeit überprüft. Danach werden die Ergebnisse an das zuständige Entscheidungsgremium weitergeleitet. Das kann ein Parlament, bzw. ein Gemeinderat sein. Diese Organe verpflichten sich, innerhalb von zwei bis drei Monaten zum jeweiligen Thema einen Beschluss zu fassen. Ist das Projekt abgeschlossen, löst sich der Bürgerrat auf. Steht ein weiteres Thema zur Debatte, kann ein neuer Bürgerrat gebildet werden.

Ein Nachteil ist, dass die Ergebnisse solcher Bürgerräte nicht unmittelbar gesetzlich wirksam werden, denn sie können keine Beschlüsse fassen. Das bleibt Sache der jeweiligen Entscheidungsgremien.

Sind die Bürgerräte also machtlos?

Ihr Einfluss sollte nicht unterschätzt werden. Die Erfahrungen in Deutschland und anderen demokratischen Staaten beweisen, dass Bürgerräte bei strittigen Themen, konsensfähige Lösungen zustande bringen.

In der Bodenseeregion ist das österreichische Bundesland Vorarlberg der Vorreiter in Sachen Bürgerratsprinzip. Seit 2006 hat es Erfahrungen mit über 40 Bürgerräten gesammelt und teilt diese grenzübergreifend mit den Nachbarn.

Was Bürgerräte leisten ist in ihrer Anleitung zu lesen:

- Die Auswahlverfahren binden alle sozialen Gruppen in jeden Bürgerrat ein.
- Bürgerräte bieten Raum und Zeit für echte Debatten.
- Die Diskussion läuft faktenbasiert und ermöglicht inhaltliche Vertiefung.
- Die Teilnehmer dieser Bürgerräte verstehen die Arbeit der Politik besser und beide kommen miteinander in Kontakt. Das schafft eine Vertrauensbasis.
- Die Politik nimmt die Bevölkerung besser wahr.
- Dieses Gremium ist transparent und wenig anfällig für Lobbyeinflüsse.
- Die Ergebnisse unterstützen Parlamente und Räte bei ihrer Entscheidung und sie werden von der Bevölkerung besser akzeptiert.

Für die erfolgreiche Durchführung eines Bürgerratsprozesses heißt weiter: Das Thema für einen Bürgerrat sollte eine hohe aktuelle Relevanz haben und nicht belanglos sein.

Viele deutsche Kommunen haben gleichfalls das Bürgerratsprinzip eingeführt. Im Bodenseeraum sind es derzeit Lindau, Konstanz und Tengen. Deren Bürgerratsprojekte umfassen beispielsweise Themen wie Klimaschutz, die Verpachtung von städtischen Grundstücken für Windräder, ein Bürgerbudget, die Stadtgestaltung...

Überlingen ist noch nicht so weit.

Und so steht das Versprechen der Stadt Überlingen, die Bürgerbeteiligung mehr zu fördern, in diesem Wahljahr auf dem Prüfstand:

- Werden die die künftigen Mitglieder des Gemeinderates der Bildung von Bürgerräten zustimmen?
- Wenn das zutrifft, erhalten die Bürger dann relevante Themen zur Beratung?
- Ist der Gemeinderat bereit, Vorschläge der Bürgerräte umzusetzen?

Für den künftigen Gemeinderat besteht aus folgenden Gründen Handlungsbedarf:

- Bürgerräte sind als Form der dialogischen Bürgerbeteiligung seit 2021 in der Landesverfassung von Baden-Württemberg verankert und sie werden von der Landesregierung gefördert. Diese Form der Bürgerbeteiligung hat also verpflichtenden Charakter.
- Transparenz und Teilhabe sind die besten Mittel, um der Unzufriedenheit in der Bürgerschaft zu begegnen.
- Die Politik kann die wachsenden Aufgaben nicht im Alleingang bewältigen. Sie sollte auf die aktive Teilhabe der Bürger setzen.

Daher lautet die Forderung an den künftigen Überlinger Gemeinderat:

Grünes Licht für Bürgerräte!